

Besprechungen

Rexhausen, Felix: *Der Unternehmer und die volkswirtschaftliche Entwicklung*. (Volkswirtschaftliche Schriften, herausgeg. v. Dr. J. Broermann, Heft 48.) Berlin 1960. Verlag Duncker & Humblot. 129 S.

Der Verfasser geht von Schumpeters Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung aus. Schumpeter habe zum ersten Male den handelnden Menschen in den Mittelpunkt einer dynamischen Wirtschaftsauffassung gestellt. Er habe sich dabei wesentlich an dem Leitbild der großen Unternehmer des 19. Jahrhunderts orientiert. Aus dieser Konzeption seien gewisse negative Schlußfolgerungen in bezug auf die künftige wirtschaftliche Entwicklung zu verstehen. Der Verfasser weist auf den tiefgreifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturwandel in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts hin. Die menschliche Grundhaltung hat sich geändert. „Das Individuum sucht Sicherheit, Stetigkeit, Stabilität und Kontinuität. Es sucht sie in und bei den großen Organisationen; in dem dauernden Steigen des Lebensstandards, das von jenen Organisationen garantiert werden soll; in der sozialen Anerkennung, die zu einem wesentlichen Teil auf dem Konsum, und zwar möglichst dem Konsum von Neuheiten beruht. So wird dauerndes wirtschaftliches Fortschreiten bei sozialer Stabilität gefordert und erwartet“ (57).

Der wirtschaftliche Fortschritt wird in der Hauptsache von industriellen Großunternehmen getragen. In der Großunternehmung reduziert sich die Aktivität des Unternehmers darauf, grundlegende Entscheidungen zu treffen. Schumpeter sprach von einem „Veralten der Unternehmerfunktion“. Der Verfasser zeigt jedoch, daß sich die Unternehmerfunktionen nur geändert haben. Die Initiative zur Entwicklung neuer Techniken und neuer Produkte gehe in wachsendem Maße von den unteren Ebenen einer Großunternehmung aus. Das Führungsproblem sei deswegen nicht leichter geworden. „Die wichtigste Initiative des Unternehmensleiters ist heute mehr indirekter als direkter Natur: durch seine Auswahl der Leute, dadurch, daß er sie ermutigt, anspricht und ihnen Ziele setzt, und schließlich, indem er seine Entscheidungen aus einer möglichst weiten Schau der Dinge trifft“ (82).

Der Verfasser gibt eine ausgezeichnete Darstellung der sich aus der unternehmerischen Tätigkeit ergebenden wirtschaftlichen Entwicklungsprobleme. Sein besonderes Augenmerk gilt dem Wandel der „sozialen Interaktion“, der Veränderung der Unternehmerfunktionen im Zusammenhang mit dem immer bedeutsamer werdenden Qualitätswettbewerb, der Institutionalisierung des wirtschaftlichen Fortschritts und der mannigfachen Konfliktsituationen innerhalb eines indu-

striellen Großbetriebes. Ein ausführliches Literaturverzeichnis und zahlreiche Literaturhinweise im Text bieten dem Leser die Möglichkeit, den mannigfachen Anregungen des Autors zu folgen und sich weitergehend über das Problem des wirtschaftlichen Wachstums zu orientieren.

Herbert Schack - Berlin

Brems, Hans: *Output, Employment, Capital, and Growth*. — A Quantitative Analysis. New York 1959. Harper & Brothers. 349 S.

Keynes' Wiederbelebung der makroökonomischen Kreislauftheorie hatte eine Fülle von Fragestellungen aufgeworfen, die das gesamtwirtschaftliche Modelldenken seit mehr als zwanzig Jahren immer wieder angeregt haben. Dabei mußte sich notwendigerweise herausstellen, daß das Denksystem der „General Theory“ sich weitere Verfeinerungen gefallen lassen mußte, weil seine Grundannahmen oft nicht den Grad der Allgemeinheit aufwiesen, den eine Anwendung zur Erklärung konkreter volkswirtschaftlicher Probleme verlangte. Das gilt vor allem für die dynamischen Aspekte der Wachstumstheorie.

Brems hat im vorliegenden Buch den Versuch unternommen, den Aufbau des Keyneschen Modells auf seine formalen Beziehungen zu reduzieren, wobei sich der Autor nicht ausschließlich auf Keynes selbst bezieht, sondern auch spätere Zusätze zum gesamtwirtschaftlichen Modell berücksichtigt, wie etwa die außenwirtschaftlichen Einkommenseffekte. Die mathematische Darstellungsweise, die u. a. in einem einleitenden Kapitel begründet wird, erlaubt dem Autor, genaue Angaben über Größenabhängigkeiten, Gleichgewichtsbedingungen usw. zu machen. Aus einer Kritik am erweiterten Modell von Keynes, die von dem (ebenfalls in der Einleitung begründeten) Kriterium der operationalen Bedeutung ausgeht, entwickelt Brems im zweiten Teil den Gesichtspunkt der „Disaggregation“, der Aufspaltung ökonomischer Gesamtgrößen bis zu einer ausführlichen Behandlung der Input-Output-Analyse; eine eingehende Analyse der außenwirtschaftlichen Einflüsse, Probleme der Inflationserklärung und der Versuch, eine Beziehung zwischen Marktstruktur (v. a. monopolistischem Wettbewerb) und gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtsbedingungen aufzuweisen, können als die anregendsten Fragestellungen gelten. Im dritten Teil finden sich überwiegend mikroökonomische Problemkomplexe (Produktionstheorie, Linear Programming, Lohntheorie usw.); der Autor ist hier erfolgreich um die Revision neoklassischer Denkansätze bemüht, wobei die Frage nach der operationalen Bedeutung wiederum richtungweisend ist. Trotz gelegentlicher Hinweise vermag man die Bedeutung der sechs Kapitel dieses dritten Teils für eine überwiegend makroökonomisch ausgerichtete Gedankenführung nicht ganz einzusehen. Der vierte Teil enthält die Dynamisierung des Keyneschen Modells und bringt bemerkenswerte Erweiterungen der bekannteren Wachstumsmodelle des Harrod-Domar-Typs, weil Brems mit ausführlicheren Gleichungssystemen arbeitet, in denen nicht nur den außen-

wirtschaftlichen Beziehungen genügende Beachtung zuteil wird, sondern auch die technische Dimension des ökonomischen Entwicklungsprozesses sehr viel stärker aufgegliedert wird, als das in den globalen Produktivitätsrelationen sonst üblich ist. Die Manipulierbarkeit dieser umfangreichen Gleichungssysteme ist dann allerdings nur noch mit Hilfe elektronischer Rechenanlagen möglich gewesen, was nicht als Nachteil anzusehen ist, wenn man die größere Genauigkeit und Anwendbarkeit der Lösungen berücksichtigt.

Im Ganzen ist eine wertvolle Bereicherung der makroökonomischen Modellbildung entstanden, die vom Grundgedanken einer erfahrungswissenschaftlichen Wirtschaftstheorie (operationale Bedeutung im Hinblick auf Erklärung und Prognose) getragen ist und sich vorzüglich als Zusatzlektüre neben den bekannteren Lehrbüchern der gesamtwirtschaftlichen Theorie eignet, wenn auch seine Entstehung aus einer Reihe von Zeitschriftenartikeln oft so sehr sichtbar wird, daß man den inneren Zusammenhang der Gedankenführung vermißt.

Gerhard Kade - Berlin

Letiche, John M.: *Balance of Payments and Economic Growth*. New York 1959. Harper & Brothers. 378 S.

Die zwischen Außenhandelstheorie und allgemeiner Wirtschaftstheorie einst vorhandene Kluft, die, dogmengeschichtlich betrachtet, in der Priorität des außenhandelstheoretischen Ansatzes innerhalb und am Rande merkantilistischen Wirtschaftsdenkens vor dem Aufbau einer allgemeinen Wirtschaftstheorie durch Physiokraten und Klassiker ihren Niederschlag fand, ja, aus ihr hervorstach, sachlich-systematisch sich in der Ausklammerung des internationalen Austausches aus dem Anwendungsbereich des Arbeitswertgesetzes durch Ricardo manifestierte, gehört der Vergangenheit an. Eine hinlängliche Erklärung des internationalen Austausches von Gütern und Diensten sowie der den realen Strömen entgegenfließenden Geldströme, schließlich des „Ausgleichs“ dieser in der Zahlungsbilanz durch einen besonderen „Mechanismus“ erscheint sowohl unter pragmatischem — d. h. den Erfordernissen der Wirtschaftspolitik dienenden — als auch unter rein theoretischem Aspekt nur mehr möglich unter Einbeziehung all jener monetären und fiskalischen Tatbestände, die den Einkommenskreislauf einer „offenen“ Volkswirtschaft bestimmen. Letiches Buch ist ein neuerlicher Beweis für die in dieser Weise herangereifte Geschlossenheit und Einheitlichkeit der ökonomischen Wissenschaft, zugleich aber auch dafür, daß sehr häufig ein „Lag“ entsteht zwischen neuen allgemein-theoretischen Forschungsergebnissen und ihrer zweckentsprechenden Rezeption durch die Teildisziplinen, daß aber eine derartige Rezeption geeignet ist, die Aussagemöglichkeiten der aus Gründen der Arbeitsökonomie erhalten gebliebenen Teildisziplinen zu erhöhen. Der Titel, den Letiche — durchaus im Bewußtsein der darin liegenden sehr lapidaren, vielleicht sogar zu grobschlächtigen Programmatik — gewissermaßen als Aufgabenstellung und Aufriß des Inhalts gewählt hat, läßt vermuten, daß es ihm zunächst um eine Re-

kapitulation der vorhandenen theoretischen Erklärungsversuche des Ausgleichs der die Landesgrenzen überschreitenden Güter- und Geldströme, sodann aber um die Konfrontierung dieser bzw. der von ihm als angemessen erachteten Erklärung mit den Gegebenheiten der wachsenden Wirtschaft geht. „Economic growth“ wird allerdings von ihm nicht interpretiert in jenem herkömmlich-engen — rein-theoretischen — Sinn, in dem die moderne wachstumsbewußte Wirtschaftstheorie sich um den Nachweis der Bedingungen gleichgewichtigen Wirtschaftswachstums bemüht zeigt, sondern es geht Letiche um die der Realität sehr viel näher stehenden Wachstumsformen, um Realtypen der wirtschaftlichen Entwicklung, so wie sie als erster Walter Hoffmann (etwa in: Wachstum und Wachstumsformen der englischen Industriewirtschaft von 1700 bis zur Gegenwart. Jena 1940) behandelt hat oder — im Anschluß an Colin Clark — um diejenigen Probleme, die sich aus den Unterschieden in der relativen Wichtigkeit der einzelnen Produktionsbereiche, des primären im Verhältnis zum sekundären, und der im Laufe des Entwicklungsprozesses sich ergebenden Verschiebungen ergeben.

Die überwiegend dogmengeschichtlich orientierte Bestandsaufnahme des ersten Teils verliert — darin liegt ihre ganz besondere Leistung — nie den systematischen und den theoretisch-analytischen Aspekt aus dem Blickfeld, sie will Dogmengeschichte nur in jenem beschränkten, doch so ungeheuer fruchtbaren Sinne sein, daß der Pfad eines trotz gelegentlicher Abirrungen folgerichtigen Voranschreitens des Erkennens und der Erkenntnis aufgewiesen wird. Nach einer sorgfältigen und tiefgründigen geistesgeschichtlich, politisch und ökonomisch orientierten Hinlenkung zu den Wurzeln nicht nur speziell der klassischen Theorie des Zahlungsbilanzausgleichs, sondern ganz allgemein der Begründung einer physikalisch-mechanistisch und individualpsychologisch fundierten Gesellschaftswissenschaft und innerhalb dieser der Wirtschaftstheorie erwartet den Leser allerdings im 2. Kapitel die einzige größere Enttäuschung des Werkes. Der Verfasser war sich selbst darüber unschlüssig (S. 26, Fußnote 1), ob seine — lehrgeschichtlich sicher beachtenswerte — Wiederentdeckung der Leistungen von Isaac Gervaise nicht nur als eines der Väter der Lehre vom Zahlungsbilanzausgleich, sondern als eines der Begründer der ökonomischen Wissenschaft und damit legitimen Vorläufers von Adam Smith in der vorliegenden Untersuchung den Umfang und den Rang eines Kapitels erhalten darf oder ob dieser Exkurs besser in den Anhang zu verweisen gewesen wäre.

Der zweite Teil besteht aus einer Reihe von Einzelstudien. Obgleich es sich dabei teilweise um den Abdruck — wenn auch nach durchgreifender Umarbeitung — von Zeitschriftenaufsätzen handelt, so bietet die Zusammenstellung dieser Einzeldarstellung durch die sie verbindende gemeinsame Bezogenheit auf das Phänomen der wirtschaftlichen Entwicklung durchaus neuartige Aspekte. Letiche bemüht sich — und das ist vom Methodischen her das diesen zweiten

Teil zur Einheit zusammenfügende Element — sodann um eine Erprobung des speziellen Forschungsergebnisses des ersten Teils, das in der in Anlehnung an die in Harvard, im besonderen von T a u s s i g und V i n e r gepflegte, im 5. Kapitel dargestellte neoklassische Tradition der Außenhandelstheorie entwickelten „allgemeineren“ Theorie des Ausgleichsmechanismus der Zahlungsbilanz besteht. Die beiden letzten Kapitel sind Studien über Realtypen des Wachstumsverlaufs, gegliedert unter dem Aspekt der aus ihnen resultierenden Gleichgewichtigkeit der internationalen Austauschbeziehungen oder der Ungleichgewichtigkeit. Das geschieht vor dem Tatsachenhintergrund der Entwicklung Großbritanniens von 1780 bis 1850 und der USA von 1870 bis 1950, wobei L e t i c h e jene glückliche Verbindung von sorgfältiger empirischer Fundierung und der Anwendung ökonomisch-theoretischer Lehrsätze gelingt.

Eine Würdigung des Werkes bliebe unvollkommen ohne gebührende Hervorhebung des ausgezeichneten bibliographischen Anhangs. Alles in allem: das Buch erfüllt aufs beste und in nahezu jeder Hinsicht die Aufgabe, die ihm sein Verfasser gestellt hat. Es ist „a supplement to the textbooks on international economics“; es ergänzt die zur Theorie des internationalen Handels vorhandenen Standardwerke in anregender Weise, ohne sie jedoch zu ersetzen.

Gerhard Kade - Berlin

Coale, Ansley J., und Hoover, Edgar M.: *Population Growth and Economic Development in Low-Income Countries. A case study of India's prospects.* Princeton, N. J. 1958. Princeton University Press. 389 p.

Das vorliegende Buch ist ein großangelegter Versuch, die Zusammenhänge zwischen der Bevölkerungsentwicklung Indiens und dem Wirtschaftswachstum des Landes herauszuarbeiten und die gewonnenen Erkenntnisse auf ihre universelle Anwendbarkeit zu prüfen.

Im I. Teil werden wichtige Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftsentwicklung und Bevölkerungsbewegung im allgemeinen betrachtet. Nach traditioneller Vorstellung herrschten in der ursprünglichen Agrargesellschaft hohe Geburts- und Sterberaten vor, während die Bevölkerung stagnierte. Unter dem Einfluß ökonomischer Entwicklungen und der diesen in den letzten hundert Jahren folgenden verbesserten medizinischen Möglichkeiten ging die Sterblichkeit zurück. Ökonomisch bedingte soziale Wandlungen führten schließlich auch zu einem Rückgang der Fruchtbarkeit, so daß sich ein neues Gleichgewicht auf der Basis hoher Lebenserwartung und kleiner Familien einstellte. Die Erfahrung in unterentwickelten Ländern zeigt indessen, daß rückläufige Sterblichkeit heute auch ohne größere wirtschaftliche Fortschritte möglich ist, nämlich einfach durch Anwendung moderner medizinisch-hygienischer Methoden. Ob die wirtschaftliche Entwicklung und dadurch ausgelöste soziale Wandlungen schließlich auch zu einem Rückgang der Geburtsraten führen werden, ist nicht zu übersehen. Eher sieht es so aus, als verhindere die hohe Frucht-

barkeit den wirtschaftlichen Fortschritt, der eigentlich als Voraussetzung für ihr Sinken betrachtet wird. Auf die Dauer wird freilich, wenn er nicht vorangeht, der wirtschaftliche Fortschritt dem eingetretenen Rückgang der Sterblichkeit folgen müssen, wenn diese nicht eines Tages wieder ansteigen soll.

Bevölkerungszahl, Wachstumsrate und Altersaufbau sind die wirtschaftlich relevanten demographischen Tatbestände. Bei konstanter Bevölkerung hängt die Entwicklung von Größe und Leistungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung und der Verfügbarkeit der übrigen Produktionsfaktoren ab. Wächst die Bevölkerung, so bedarf es überproportionaler Investitionen, um Fortschritt herbeizuführen. In der entwickelten Wirtschaft ist die Kapitalversorgung elastisch. Von steigender Konsumnachfrage und erhöhtem Investitionsbedarf infolge wachsender Bevölkerung geht infolgedessen ein wirksamer stimulierender Effekt auf die Wirtschaft aus, mit der Tendenz zu steigenden Pro-Kopf-Einkommen. In der unterentwickelten Wirtschaft hingegen, mit typisch unelastischer Kapitalversorgung, verursacht die größere Volkszahl keinen heilsamen Stimulus auf höheren Verbrauch und höhere Grenzproduktivität des Kapitals, sie führt vielmehr zu einer relativen Verminderung der Kapitalversorgung des einzelnen Arbeiters mit verlangsamter Produktionssteigerung und verringerter Aussicht auf steigende Einkommen. Der dritte Faktor ist der Altersaufbau, dessen Hauptbestimmungsmerkmal die Fruchtbarkeit der Bevölkerung ist. Unterentwickelte Länder mit hoher Geburtenrate und damit, gleichgültig wie die Lebenserwartung ist, einem hohen Anteil der noch nicht arbeitsfähigen Bevölkerung unter 15 Jahren zeigen ein ungünstiges Verhältnis zwischen Zahl der arbeitenden und abhängigen Personen. Bei einem Rückgang der Sterblichkeit würden bei gleichbleibender Fruchtbarkeit natürlich mehr Kinder das arbeitsfähige Alter erreichen. Doch wird dies, was viele Autoren übersehen, ökonomisch mehr als aufgewogen durch den Umstand, daß mehr heranwachsende Kinder auch wieder mehr künftige Eltern sein werden, so daß die Zahl der Abhängigen relativ noch weiter ansteigen muß.

Diesen Betrachtungen folgt im Teil II eine statistische Untersuchung der Bevölkerung Indiens in Vergangenheit, Gegenwart und vor allem Zukunft. Die indische Bevölkerung ist über Jahrzehnte in dem eingangs erwähnten Rhythmus fast konstant geblieben, hat sich dann aber seit 1921 gewaltig erhöht. Ursache hierfür war ein rascher Rückgang der Sterblichkeit, der ohne wesentlichen wirtschaftlichen Fortschritt einfach als Folge medizinischer und sanitärer Verbesserungen eingetreten ist. Um die weitere Entwicklung mit einiger Bestimmtheit prognostizieren zu können, bedarf es möglichst genauer Kenntnis der Struktur der heutigen Bevölkerung sowie der gegenwärtigen Geburts- und Sterberaten. Die indische Statistik stützt sich auf die alle zehn Jahre stattfindenden Zählungen, deren Ergebnisse, vor allem was die Geburtenrate anbelangt, die Verfasser für unzu-

verlässig halten. Mit Hilfe sehr interessanter, aber ungemein komplizierter mathematisch-statistischer Methoden, die in einem besonderen Anhang dargestellt sind, wird der Versuch unternommen, aus den Ergebnissen der Zählungen der letzten Jahrzehnte bis 1951 ein realistisches Bild der Struktur und des Wachstums der Bevölkerung zu gewinnen. So ergibt sich bei gleichbleibender Fruchtbarkeit und einer zu erwartenden weiteren rückläufigen Sterblichkeit im Jahre 1986 eine Bevölkerung von etwa 775 Millionen, mit einem Anteil der Personen unter 15 Jahren von über 40 %. Daß die Sterblichkeit noch beträchtlich zurückgehen wird, darf von der erweiterten Anwendung medizinisch-hygienischer Erkenntnisse erwartet werden, vorausgesetzt, daß bis 1986 die Nahrungsmittelversorgung mindestens verdoppelt wird. Für einen Geburtenrückgang spricht einstweilen wenig, trotz mancher gegenteiliger Äußerungen in Indien, zumal nach Meinung der Verfasser der wirtschaftliche Fortschritt in den nächsten Jahrzehnten von sich aus keine prinzipiellen sozialen Strukturwandlungen und Gewohnheitsänderungen herbeiführen dürfte und die Möglichkeit der Erziehung der großen Masse zur Geburtenkontrolle zwar möglich, aber vorerst nicht sicher erscheint. Würde sich aber tatsächlich die Fruchtbarkeit ab 1956 oder auch nur ab 1966 linear um 50 % verringern, so ergäbe sich bei der angenommenen Entwicklung der Lebenserwartung nicht nur eine weitaus geringere Volkszahl von 589 bzw. 634 Millionen, sondern vor allem ein völlig anderer Altersaufbau. Die Zahl der Personen unter 15 Jahren würde auf unter 30 % sinken, während der Anteil der arbeitsfähigen Jahrgänge (15 bis 64) von etwa 58 % auf etwa 64 % steigen würde. Das Resultat dieser Hypothesen ist von fundamentaler Bedeutung und mit solcher Exaktheit wohl noch nicht vorgetragen worden.

Im Teil III werden die Entwicklungsplanungen und deren Realisierbarkeit untersucht. Die Ziele sind bekannt. Im Vordergrund steht die bis heute äußerst unproduktive Landwirtschaft, die in die Lage gebracht werden muß, eine große, schnell wachsende Bevölkerung zu ernähren, und zwar besser als heute. Die Untersuchung zeigt, daß eine Verdoppelung der Erzeugung innerhalb der kommenden 25 Jahre möglich ist. Folgt man anderen Autoren und den Erfahrungen anderer Länder, etwa Japans, so sollte noch mehr als dies möglich sein, vor allem, wenn man sich entschließen könnte, die Arbeitslosen in großem Stil für Arbeiten zu organisieren und einzusetzen, von denen der Erfolg der landwirtschaftlichen Planungen abhängen wird und für deren Durchführung Indien sicherlich nicht in ausreichendem Umfange moderne Maschinen einführen können, nämlich für den Bau von Bewässerungssystemen, Straßen usw. Das sollte möglich sein, ohne das Sklavensystem des Kommunismus zu imitieren, und würde einen ernsthaften Beitrag zur Bildung von Realkapital leisten.

Daß die Industrialisierung des Landes parallel mit dieser Arbeit vor sich gehen muß, ist aus einem doppelten Grunde klar. Man wird die für die Landwirtschaft nötigen Materialien, Dünger, Zement,

Stahl und vieles andere nicht im notwendigen Maße einführen können, und man muß schließlich nach und nach eine bessere Versorgung mit Konsumgütern erreichen. Nicht die natürlichen Ressourcen, sondern Kapitalmangel und vor allem die Knappheit an technisch-organisatorischem Können sind die Haupthindernisse für dieses große Programm.

Was die finanzielle Seite anbelangt, so sind die Möglichkeiten begrenzt und schon jetzt überfordert. Haushaltsdefizite und hohe Auslandsverschuldung gefährden das finanzielle Gleichgewicht. Daß bei Fortgang der gegenwärtigen Entwicklung das Sozialprodukt künftig ausreichen wird, um das für Investitionen so großen Ausmaßes erforderliche Sparen zu ermöglichen, erscheint mehr als zweifelhaft. Daß das Ausland weiter helfen wird, kann unterstellt werden, nicht aber, daß das Ausmaß dieser Hilfe, selbst wenn sie nur z. T. als Anleihen, zum größeren als Zuschuß käme, ausreichen wird.

Welche Folgerungen sich für den geplanten wirtschaftlichen Aufbau konkret aus Veränderungen der Bevölkerungsentwicklung ergeben würden, ist Gegenstand des Teils IV, dessen wesentliches Ergebnis dieses ist: Rückläufige Fruchtbarkeit in den nächsten Jahrzehnten würde die Zahl der Verbraucher stark reduzieren, ohne das Arbeitspotential Indiens erheblich zu beeinflussen, weil sich der Rückgang für diese Periode auf die Jugend konzentrieren würde. Eine gewisse Verringerung des Arbeitspotentials würde angesichts der Beschäftigungslage im übrigen eher ein Gewinn sein. Mit einer progressiv geringeren Verbraucherzahl bei etwa gleichem Arbeitspotential aber würde das Sozialprodukt progressiv rascher steigen können, weil trotz individuell steigenden Verbrauchs mit allen positiven Konsequenzen ein zunehmend größerer Teil dieses Sozialproduktes dem laufenden Verbrauch, sei es durch privates Sparen, sei es durch den Staat, entzogen und der Wirtschaftsentwicklung zugeführt werden könnte. Der progressive Charakter einer solchen Entwicklung ist entscheidend. Indien würde dank erhöhter eigener Kapitalbildung bei zunehmend besserer Versorgung der Bevölkerung sowohl mit dem Problem der Arbeitslosigkeit eher und leichter fertig werden als auch zugleich die Möglichkeit einer vollen Verwirklichung seiner Entwicklungspläne und vielleicht mehr als das gewinnen können. Auch für die weitere Zukunft hätte demographisch und ökonomisch ein Geburtenrückgang ausschließlich Vorteile für das Land, das heute schon dichter besiedelt ist als der größte Teil Europas.

Der letzte Abschnitt schließlich zeigt, daß diese Konsequenzen trotz mancher Nuancen im Prinzip in den meisten unterentwickelten Ländern gelten. Niemand vermag zu sagen, ob eines Tages die Einsichten aus den scheinbar so trockenen, in Wahrheit dramatischen Analysen, die dieses ausgezeichnete Buch liefert, Gemeingut sein und die für eine durchgreifende Verbesserung der Lebensverhältnisse notwendigen demographischen Strukturänderungen sich einstellen wer-

den. Geschicht dies aber nicht, so werden alle wirtschaftlichen Anstrengungen letzten Endes nicht verhindern können, daß die Völker in den früheren tragischen *circulus vitiosus* hoher Geburts- und hoher Sterberaten zurückfallen. Alle sittlich tragbaren Anstrengungen erscheinen geboten, um dies zu verhindern.

W o l f g a n g J a h n - D ü s s e l d o r f

Stisser, Reinhold: *Problems of India's Economic Development*. Kiel 1958. Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. 83 S. — *Grundlagen und Entwicklungsprobleme im ökonomischen Aufbau der Indischen Union*. (Kieler Studien, Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, herausgegeben von Fritz Baade, Band 50.) Kiel 1959. Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. 218 S.

Unter den sogenannten Entwicklungsländern ist Indien, wenn man von Rotchina absieht, das nach Größe, Bevölkerung und politischer Bedeutung wichtigste. Die Überwindung des extrem niedrigen wirtschaftlichen Niveaus der Volksmassen Indiens hat seit Erringung der Unabhängigkeit die Politik der indischen Regierung bestimmt.

Der exakten Analyse der natürlichen Voraussetzungen, des vorhandenen Potentials und des im vergangenen Jahrzehnt Erreichten ist die Arbeit des Verfassers, die in einer kürzeren englischen und einer wesentlich breiter angelegten deutschen Version vorliegt, gewidmet.

Die einleitenden Kapitel über Land und Bevölkerung und vorhandene ökonomische Grundlagen Indiens lassen erkennen, daß das alles überschattende Problem der Umfang der auf knappem Raum lebenden Bevölkerung und ihr rasches Wachstum ist, die nur über eine primitive Landwirtschaft und eine bescheidene industrielle Ausrüstung verfügt. Andererseits kann aber das Entwicklungspotential als vielversprechend angesehen werden. Gründliche landwirtschaftliche Reformen mit dem Ziel durchgreifender Produktivitätssteigerung und Rückgewinnung durch Erosion verlorenen Bodens würden eine entscheidende Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge ermöglichen. Für den Ausbau der vorhandenen und den Aufbau neuer Industrien sowie die Entwicklung von Energie- und Verkehrswesen, die bereits einen vergleichsweise hohen Stand haben, sind die Voraussetzungen günstig.

Die Regierung hat bisher zwei Fünfjahrespläne aufgestellt, mit deren Darstellung sich die beiden Hauptabschnitte der Studie befassen. Aus der zwingenden Einsicht, daß zuallererst die Bevölkerung ernährt werden müsse, hat die Regierung den Schwerpunkt ihrer Planung im ersten Fünfjahresplan auf die Entwicklung der Landwirtschaft gelegt. Sie hat dabei nicht nur an Modernisierung gedacht, sondern sich zugleich bemüht, veraltete und verfehlte Organisationsformen durch neuartige, vorwiegend genossenschaftliche, zu ersetzen.

Das Ergebnis ist ansehnlich, wenn auch offensichtlich zum Teil durch das unvermindert rasche Bevölkerungswachstum kompensiert.

Auch im zweiten Plan werden der Landwirtschaft wieder große Anstrengungen gewidmet, doch hat sich der Akzent auf industrielle Entwicklung verlagert. Die Regierung ging dabei von der Absicht aus, den Importbedarf an Stahl, Chemikalien usw. zu reduzieren, die stark steigende Nachfrage der Landwirtschaft nach Düngemitteln und anderen Chemikalien zu decken und darüber hinaus die Material-Basis für in den kommenden Jahren breit zu entwickelnde Sekundärindustrien aller Art zu schaffen. Im Zuge dieses Industrialisierungsprozesses, der freilich weit über den zweiten Fünfjahresplan hinausreicht, hofft die Regierung auch, in gewissem Umfange den offen oder versteckt arbeitslosen Bevölkerungsteil von den Dörfern abzusaugen zu können, der infolge des Bevölkerungswachstums weiter ansteigen wird, obwohl die Landwirtschaft intensiv, aber auf lange hinaus mit geringem Mechanisierungsgrad betrieben, künftig mehr Arbeitskräfte als bisher zu produktiver Arbeit benötigen dürfte.

Die Arbeitslosigkeit versucht man auch durch Förderung von Heimindustrie, Handwerk und Kleingewerbe zu lindern. Das Produktivitätsniveau dieser Gewerbearten ist freilich sehr gering. Aber es muß zugegeben werden, daß die Verhältnisse in Indien eigene Maßstäbe verlangen. Arbeitskräfte sind im Gegensatz zu Kapital im Überfluß vorhanden. Mit relativ kleinem Kapitaleinsatz wird man, gut organisiert, einen Teil des völlig unproduktiven brachliegenden Arbeitspotentials zu einem leidlich produktiven Einsatz bringen und eine bescheidene Steigerung des Sozialproduktes (Kleidung, Werkzeug u. ä.) erzielen können.

Nach der Vorstellung der indischen Regierung gebührt im Entwicklungsprozeß der Tätigkeit der öffentlichen Hand der Vorrang, und zwar nicht nur auf Gebieten, die anerkannterweise hierfür geeignet sind, wie Verkehrs- und Energiewesen, sondern auch im Bereich der Schwerindustrie und chemischen Industrie, ja sogar im Versicherungs- und Bankwesen. Zwar soll die Privatinitiative nicht ausgeschaltet werden, doch begegnet ihr die Regierung offensichtlich mit Mißtrauen und unterwirft sie vielfältigen Einwirkungen und Beschränkungen. Dabei hat gerade die Privatindustrie die ihr innerhalb des zweiten Fünfjahresplanes überlassenen Aufgaben rascher und erfolgreicher gelöst als der Staat die seinen.

Die Durchführung des kostspieligen zweiten Fünfjahresplanes hat sichtlich bereits beachtliche Ergebnisse gezeitigt, aber zugleich auch die indische Zahlungsbilanz vor schwierige Probleme gestellt. Der Untersuchung der damit zusammenhängenden Fragen sind die abschließenden Kapitel gewidmet, die zeigen, daß Indien auch bei Anspannung aller Kräfte für die Durchführung des gegenwärtigen Planes und vieler künftiger Pläne der ausländischen Hilfe, und zwar in großem Stil, nicht wird entraten können, daß ein solcher internationaler Einsatz aber, von seinen moralischen und politischen Aspekten

ganz abgesehen, auch rein wirtschaftlich lohnen dürfte, wenn auch erst über einen langen Zeitraum.

Die Untersuchungen Stissers geben, von umfangreichem statistischen Material gestützt, ein gutes Bild von Lage und Planungen Indiens. Sie wollen freilich dem Leser in der Darstellung der Fünfjahrespläne allzu deskriptiv erscheinen, d. h. man vermißt eine kritische Durchleuchtung der Pläne, ihrer Zielsetzung, ihrer Akzente, ja überhaupt ihrer Angemessenheit oder Unangemessenheit, besonders auch hinsichtlich der Rolle des Staates im Vergleich zur privaten Initiative. Es kann und soll nicht bestritten werden, daß Entwicklungsländer sich anderer Methoden bedienen müssen als alte Industrieländer, und daß sie ohne Planung nicht werden auskommen können. Es gibt dabei aber wesentliche Nuancen, angefangen von einer Rahmenplanung, die sich bemüht, die natürlichen Kräfte auszulösen und zu fördern, bis zu dem Planfetischismus der kommunistischen Welt. Wo die indische Regierung in dieser Skala steht, hätte man vom Kenner der indischen Pläne gern etwas ausführlicher gehört, weil hiervon das wirtschaftliche Klima des Landes bestimmt wird, von dem wiederum auf die Dauer die Bereitschaft der Industrieländer zur aktiven Mitarbeit beim Aufbau des Landes über das politisch für unausweichlich erachtete Ausmaß hinaus maßgebend beeinflusst werden dürfte.

W o l f g a n g J a h n - D ü s s e l d o r f

Meimberg, Rudolf, und Jürgensen, Harald: *Probleme der Finanzierung von Investitionen in Entwicklungsländern*. Herausgegeben von Rudolf Stucken. (Schriften des Vereins für Socialpolitik — Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften — Neue Folge Band 16.) Berlin 1959. Verlag von Duncker & Humblot.

Es ist überaus erfreulich, daß im Rahmen des Vereins für Socialpolitik unter dem Vorsitz von Rudolf Stucken ein Ausschuß „Entwicklungsländer“ das systematische Studium von Entwicklungsproblemen aufgenommen hat, eines Problemkreises, der in Deutschland im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern bislang nur geringe und im Verhältnis zur deutschen Stellung in der Weltwirtschaft völlig unzureichende Beachtung gefunden hat.

Im ersten der beiden Aufsätze befaßt sich Meimberg anhand des Beispiels der indischen Situation vor allem mit der Möglichkeit und den tatsächlich engen Grenzen des Deficit-Spending zur Finanzierung von Entwicklungsinvestitionen sowie mit den verschiedenen Typen des Kapitalexportes in Entwicklungsländer, deren jeweiligen Möglichkeiten und Grenzen.

In der zweiten Abhandlung bietet Jürgensen zunächst die theoretische Ableitung, daß und inwieweit der Fortschritt der Entwicklungsländer vom Umfang des Kapitalimportes abhängt, um dann die Funktionen der einzelnen Typen des Kapitalimportes nach ihrem jeweils möglichen Beitrag zur Steigerung des Sozialproduktes der Ent-

wicklungsländer zu untersuchen. Besonders wertvoll sind in diesem Zusammenhang die Erörterungen über die Problematik der Lieferantenkredite. Wolfgang Jahn - Düsseldorf

Gersdorff, Ralph von: *Maßnahmen zur Förderung der privaten Kapitalbildung im Portugiesischen Reich*. Sparmöglichkeiten und Finanzierungsmethoden in Entwicklungsgebieten. (Staatswissenschaftliche Studien, hrsg. von Edgar Salin und Gottfried Bombach, Band 33.) Zürich 1958. Polygraphischer Verlag. 265 S.

Die Untersuchung geht von mehreren Gutachten und Berichten über Portugal als wirtschaftlich wenig entwickeltes oder unentwickeltes Land aus und bringt die Einteilung von W. Röpke über die Arten der Kapitalbildung (I. Kap.). Das II. Kap. schildert den Kapitalmangel Portugals. Im III. Kap. werden die vorhandenen und möglichen Arten der Kapitalbildung zunächst allgemein, dann in einzelnen Wirtschaftszweigen untersucht. Bei den Arten der Kapitalbildung werden die zahlreichen Unterarten des Versicherungssparens eingehend gewürdigt. Hier sind dem Verfasser die wichtigsten deutschen Literaturquellen verborgen geblieben. Bei Darstellung der Kapitalbildung in einzelnen Wirtschaftszweigen stehen Landwirtschaft, Fischerei, Verkehr, Energie an erster Stelle, es folgen Bauwirtschaft, Export, Fremdenverkehr und dann erst die Industrie; sie nimmt dann freilich den breitesten Raum ein. Die Grundformen und Mischformen der öffentlichen und privaten Finanzierung einschließlich des Korporativ-Systems, der Staatsintervention, der öffentlichen Wirtschaftsplanung und der Schaffung von Industrie-, Holding-, Investment- und Finanzierungsgesellschaften werden eingehend erörtert. Ein besonderer Abschnitt befaßt sich mit „Arbeitsmarkt und Kapitalbildung“ und untersucht „Fürsorge und Sparen in den Unternehmungen“ (Fachkräftemangel, Lohnentwicklung, Gewinnbeteiligung, Mit Eigentum und verwandte Einrichtungen betrieblicher Sozialpolitik). Ein Anhang bringt Beispiele betrieblicher Sozialpolitik aus Portugal und dem portugiesischen Ausland.

Das Literaturverzeichnis enthält wahllos und zahllos Bücher, Zeitschriften- und Zeitungsartikel, Wirtschafts- und Bankberichte, Berichte und Statistiken der öffentlichen Verwaltung verschiedener Länder. Zahlreiche Autoren, deren Schrifttum für das Thema grundlegend ist, sind nur am Rande mit Gelegenheitsarbeiten erwähnt, andere Autoren erscheinen ohne innere Berechtigung, vielfach mit veralteten und seit Jahrzehnten überholten Auflagen. Die Veröffentlichungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin, der Bundesministerien in Bonn, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die Handwörterbücher für Sozialwissenschaften und Betriebswirtschaft und die führenden wissenschaftlichen deutschen Zeitschriften sind dem Verfasser bei seinen rund 1000 Quellenangaben entgangen, wobei schließlich doch solche Namen wie Salvatore de Madariaga, Melchior Palyi vermißt werden und solche wie Georg Obst

(1930!), A. Manes (1918!), H. Schacht (1956/57) nicht vermißt worden wären.

H a n n s L i n h a r d t - N ü r n b e r g

Weber, Adolf: *Geld und Kredit*. Banken und Börsen. 6. neu bearb. Aufl. in Verbindung mit Privatdozent Dr. Werner Hofmann. Heidelberg 1959. Quelle & Meyer. 371 S.

Die Ende 1959 erschienene 6. Auflage ist im Titel und in der Gliederung — nicht erst in der Ausführung — um den Problembereich des Kredits erweitert worden. „An der bisherigen Grundauffassung des Buches brauchte nichts geändert zu werden; sie hat sich von Auflage zu Auflage bewährt zur Analyse der jeweiligen Vorgänge im Wirtschaftsleben.“ So meint Adolf Weber in seinem Vorwort. Indessen wäre es angebracht gewesen, manche zeitbedingte Auffassung, wie die über das Kreditwesengesetz vom 5. Dezember 1934 — zumal angesichts der im Mai 1959 erfolgten Vorlage einer Neufassung — zu überprüfen. Dies gilt auch für die „von Auflage zu Auflage“ unbemerkt und unverändert gebliebenen Druckfehler (z. B. S. 349: R. S. Hawtrey, H. Parker-Willis, J. E. Mecker) und für die Lücken im Schrifttum ab 1945 wie auch schon vorher. Es gilt auch für einige Unebenheiten, wie die Beurteilung der monetären Folgen in den Schwankungen der Goldproduktion und ihrer Kosten (S. 21, 35), die Aufhebung der Goldwährung in „allen Ländern“ (S. 155), die gesetzliche Golddeckung in den USA (S. 130, 204).

„Aber neue Tatsachen und Institutionen mußten kritisch bewertet werden.“ So heißt es dann weiter im Vorwort. Das ist sicherlich nicht genügend erfolgt bezüglich der Einführung der gesetzlichen Mindestreserve in Westdeutschland, der Begründung der westdeutschen Diskonterhöhung 1956 mit der Wiederbewaffnung (S. 112), der Einbeziehung der Kreditrestriktion „als Mittel der Diskontpolitik“ (S. 110). Die notwendige Kritik fehlt vor allem gegenüber dem Bankgesetz vom 26. Juli 1957, zumal wenn man aus gutem Grund auf die Unterscheidung von Geld und Kredit solchen Wert legt, auch gegenüber dem Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften vom 16. April 1957. Um so schroffer, mitunter unberechtigt, erscheint die Kritik an G. F. Knapp, Adolph Wagner, L. Brentano (S. 22, 26, 29), an A. Smith, D. Ricardo, Th. Tooke (S. 90, 92, 93). Die US-Bankwirtschaft ist in der Darstellung weit verstreut und in wichtigen Punkten überholt, die kurzen Erwähnungen des Konsumentenkredits weichen in der Bezeichnung und in den angegebenen Summen erheblich voneinander ab (S. 89, 206). Bei bestimmten Fachausdrücken wäre gerade mit Rücksicht auf den Lehrwert der Darstellung (vgl. Vorwort 1. Auflage 1939) der Ursprungshinweis angebracht gewesen; dies gilt z. B. für die Ausdrücke Goldkernwährung nach J. Plenge (S. 20), aufgestaute Inflation nach W. Röpke (S. 55), Kaufkraftparität nach G. Cassel (S. 63).

Verdienstvoll ist neben der Behandlung der bankwirtschaftlichen Ereignisse der vergangenen Jahrzehnte die Einbeziehung der „Geld- und Kreditorganisation in der Sowjetwirtschaft“, einschließlich des

Banken- und Kreditsystems der DDR. Hierbei sind einschlägige Autoren wie S. Friede (1957), H. Weber (1957), H. Pastuszek (1959) nicht berücksichtigt.
H a n n s L i n h a r d t - N ü r n b e r g

J a c o b s s o n, P e r: *Some Monetary Problems-International and National*. (Basle Centre for Economic and Financial Research Serie B No. 4.) Oxford 1958. Oxford University Press. 374 p.

Aufsatzsammlungen sind stets problematisch, fehlt ihnen doch meist die systematische Problembehandlung, die Reiz und Wesen eines in sich geschlossenen Buches ausmacht oder wenigstens ausmachen sollte.

Dieser Einwand gilt erfreulicherweise nur sehr bedingt gegenüber der vorliegenden Sammlung Jacobssons, eines Mannes, der sich 40 Jahre an verantwortlicher Stelle mit internationalen Geld- und Währungsfragen theoretisch und praktisch befaßt hat. Aus der großen Fülle seiner Veröffentlichungen sind in der vorliegenden Sammlung 18 Aufsätze zusammengestellt. Als Einleitung und zugleich als umfassender Rahmen ist ihnen eine Skizze der Jahre 1917 bis 1958 vorausgeschickt. Sie stellt zunächst eine Art wissenschaftlicher Autobiographie dar, geht aber weit darüber hinaus und ist tatsächlich eine kurzgefaßte Geschichte der internationalen Geldprobleme dieser stürmischen Epoche. Die vertiefte und detaillierte Behandlung der hier in den großen Zusammenhang gestellten wichtigsten Fragen bieten die Einzelaufsätze, die, obwohl stets aus konkretem Anlaß geschrieben, weitgehend von der jeweiligen historischen Situation abstrahieren und dadurch Allgemeingültigkeit erlangen.

Es wird nicht viele Autoren geben, die ihren Grundauffassungen ein Leben lang ebenso treu geblieben sind wie der Verfasser. Zu keinem Zeitpunkt hat er sich, allen Argumenten der Epigonen von Keynes und der Vollbeschäftigungstheoretiker zum Trotz, über die zentrale Bedeutung des Zinses oder über die sozial und wirtschaftlich zerstörerische Wirkung wie auch immer getarnter oder gerechtfertigter inflationärer Entwicklungen täuschen lassen. Manche Aufsätze klingen wie die Stimme eines Rufers in der Wüste, den niemand hört oder gar beachtet. Die Entwicklung hat Jacobsson bestätigt. Die Einsicht in die Richtigkeit seiner Thesen hat sich gerade in der jüngsten Zeit über den Kreis Gleichgesinnter hinaus weithin durchgesetzt, und gewiß nicht zufällig wurde er vor einigen Jahren an die Spitze des Internationalen Währungsfonds berufen.

W o l f g a n g J a h n - D ü s s e l d o r f

H a r t u n g, K u r t R u d o l f: *Die Probleme der Währungs-Konvertierbarkeit*. (Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 41.) Berlin 1959. Verlag Duncker & Humblot. 147 S.

Eine wirklich interessante Studie, die mit solider Material- und Literaturkenntnis gearbeitet ist. Der Verfasser hat begrifflicher Weise deutsche Verhältnisse stark in den Vordergrund gerückt. In ganz besonderem Ausmaß sind aber auch Schweizer Verhältnisse berück-

sichtigt, so daß diese beiden Gesichtspunkte vielleicht ein wenig zu stark in den Vordergrund treten. Andererseits aber gewinnt die Arbeit durch ihren positivistischen Teil stark an Anschaulichkeit. Auch wenn man nicht in allen Punkten der Ansicht des Verfassers ist, so wird jeder objektive Fachmann feststellen können, daß es sich hier um eine seriöse und kenntnisreiche Arbeit handelt und auch in meritorischer Hinsicht kann man mit dem Verfasser darin übereinstimmen, daß es durchaus zweifelhaft ist, ob die verantwortlichen Wirtschaftspolitiker den echten Problemen der Währungskonvertierbarkeit in jedem Zeitpunkt gewachsen und gewillt sein werden, die sich daraus ergebenden Lasten ebenfalls auf sich zu nehmen.

Richard Kerschagl-Wien

Langen, Eugen: *Internationale Zahlungsabkommen*. Tübingen 1958. Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 176 S.

Seit 1931 in der Weltwirtschaftskrise die ersten bilateralen Zahlungsabkommen geschlossen wurden, hat sich die Welt an ihr Vorhandensein, ihre ständige Erneuerung und fortgesetzte Verfeinerung so stark gewöhnt, daß allmählich der Eindruck entstehen mußte, sie seien ein notwendiger Bestandteil des zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs. Dem ist jedoch nicht so. Die Abkommen sind vielmehr Kinder der Krise. Ihr Grundgedanke ist der, daß es stets zu einem zweiseitigen Zahlungsbilanzausgleich kommen müsse. Im Zeichen eines solchen Bilateralismus ist aber eine Maximierung des Welthandels niemals möglich. Die relative Gesundung der Weltwirtschaft in den letzten Jahren zeigt sich eindeutig in der allmählichen Verdrängung bilateraler Abkommen durch den Versuch der Schaffung multilateraler Währungsräume, wie etwa der Europäischen Zahlungsunion. Eine volle Rehabilitierung ist erst erreicht, wenn es irgendwelcher Zahlungsvereinbarungen nicht bedarf, d. h. wenn der internationale Zahlungs- und Kapitalverkehr sich frei nach dem Ermessen der Handelspartner gestalten kann. Westeuropa hat diesen, in fast drei Jahrzehnten in Vergessenheit geratenen Zustand neuerdings durch die Wiedereinführung der Konvertibilität der europäischen Hauptwährungen nahezu vollständig wiederherstellen können. Mit der Bundesrepublik Deutschland bestehen jedenfalls gegenwärtig keine bilateralen Zahlungsabkommen mehr.

Die vorliegende rechtswissenschaftliche Studie schildert einleitend die Geschichte der Zahlungsabkommen, widmet sich danach ausführlich einer juristischen Untersuchung des Abschlusses und des Inhaltes von Zahlungsabkommen und schließlich den mit ihnen zusammenhängenden völkerrechtlichen, staats- und verwaltungsrechtlichen sowie privatwirtschaftlichen Problemen. Der komplizierte Gegenstand der Untersuchung ist mit großer Sachkenntnis klar und verständlich behandelt. Wenn die in Betracht kommenden Behörden die unmittelbare Erfahrung in der Behandlung dieser Fragen längst verloren haben werden, und dies geht naturgemäß sehr rasch, würde die vortreffliche Systematik der Darstellung es ihnen erlauben, in kürzester

Zeit das ganze Instrumentarium bilateraler Abkommen wieder parat zu haben.

Ohne das Verdienstliche der Arbeit unter wissenschaftlichem Aspekt irgendwie in Zweifel ziehen zu wollen, ist zu hoffen, daß dem Untersuchungsgegenstand in Zukunft nur noch historisches Interesse zukommt.

Wolfgang Jahn-Düsseldorf

Reuss, Gerhart E.: *Produktivitätsanalyse*. Ökonomische Grundlagen und statistische Methodik. (Band 17 der Veröffentlichungen der List-Gesellschaft e. V.) Basel 1960. Kyklos-Verlag. 199 S.

Ausgehend von der Definition der Produktivität als dem Verhältnis des Produktionsergebnisses zu den eingesetzten Mitteln (Faktoren) werden die Begriffe der arbeits-, der kapital- und der materialbezogenen Produktivität erläutert. Historisch gesehen werden Produktivitätsanalysen seit einigen Jahrzehnten vor allem in den USA, in der Sowjetunion und zum Teil auch in England durchgeführt. Im kontinentalen Europa haben internationale Institutionen, wie die OEEC bzw. die European Productivity Agency, nach dem zweiten Weltkrieg Produktivitätsuntersuchungen und deren Koordinierung in einzelnen Ländern gefördert. In Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland wurden in dieser Zeit die Arbeiten zur Messung der Produktivität stark vorangetrieben. Der historische Rückblick vermittelt auch das in früheren Epochen vorhandene Produktivitätsdenken, das eng mit den jeweiligen nationalökonomischen Theorien verknüpft ist. Den Abschluß des Kapitels bildet der Nachweis des heutigen Standes der Produktivitätsanalyse in Amerika, Rußland, England und den EWG-Ländern.

Im zweiten Kapitel werden wirtschaftliche Zusammenhänge aufgezeigt, in denen Maßstäbe der Produktivität eine Rolle spielen. Die Grundtypen der Produktivitätsanalyse, einerseits am Faktoreinsatz und andererseits am Produktionsergebnis orientierte Studien, werden behandelt; die Untersuchungsebene kann ein einzelner Betrieb, eine Industriegruppe oder die Gesamtwirtschaft sein.

Das nächste Kapitel widmet sich der Messung des Produktionsergebnisses und der Produktionsfaktoren. Dabei wird die Messung der Bruttonproduktion bzw. des Mengenausstoßes und der Nettoproduktion bzw. der Wertschöpfung beschrieben. Der Abschnitt über die Messung des Produktionsfaktors Arbeit führt vornehmlich zu statistischen Problemen. Neben der Zahl der Arbeiter sind weitere Größen für das Maß der Arbeit, die Arbeitsstunden und der Begriff der Arbeitsstunden pro Mann und pro Jahr, der letzte Begriff gleichsam als Brücke zwischen den Begriffen Arbeiter und Arbeitsstunden. Auch die Lohnsummen finden als Maß der Arbeit Verwendung. Theoretische Möglichkeiten einer mengen- und wertmäßigen Messung des Kapitalbestandes, die Begriffe des Brutto- und Nettoanlagevermögens werden erläutert; die zuletzt genannten führen zu der Alternative, ob der Kapitaleinsatz an dem Kapitalbestand oder an dem jährlichen Kapitalaufwand gemessen werden soll. Schließlich werden Hilfsgrößen

der Kapitalmessung, der Energieverbrauch und der Leistungsverbrauch der Maschinen behandelt.

Die Beschreibung der Berechnungsweise und der Anwendungsbereiche partieller Produktivitätsindices, d. h. von Indices, die das Produktionsergebnis zu jeweils einem Produktionsfaktor ins Verhältnis setzen, ist das Thema des vierten Kapitels. Die Aufstellung von arbeitsbezogenen Produktivitätsindices ist der heute am meisten gebräuchliche Maßstab der Produktivität. Die Indices können den Arbeitsaufwand oder die Arbeitskosten berücksichtigen; sie können sich am Bruttoproduktionswert oder an der Wertschöpfung orientieren. Die rechnerische Bildung, die Charakteristiken und die Verwendungsmöglichkeiten der verschiedenen Indices werden ausführlich behandelt, wobei der französischen Schule der Produktivitätsmessung ein gesonderter Abschnitt gewidmet ist. Das Kapitel schließt mit einer Abhandlung über die Messung von Strukturwandlungen, die entweder durch Veränderung der Produktivität einzelner Produktionsprozesse oder durch Veränderung des Anteils einzelner Industriezweige mit sehr unterschiedlichen Produktionsindices in der gesamten Volkswirtschaft hervorgerufen sind.

Im fünften Kapitel wird das Zusammenspiel mehrerer Faktoren für die Produktivitätsmessung betrachtet. Der einfachste Weg ist das Nebeneinanderstellen von arbeits- und kapitalbezogenen Produktivitätsziffern. Größere Bedeutung kommt aber einer zahlenmäßigen Zusammenfassung der Faktoren Arbeit und Kapital zu; dies geschieht dadurch, daß Arbeit und Kapital in einem anderen Merkmal, z. B. in Preisen oder Kosten, ausgedrückt werden. Bei der Messung der globalen Produktivität tritt als neue Größe der Sammelbegriff des Technischen Fortschrittes auf; in ihm werden vielerlei Einflußelemente, z. B. bessere Organisation des Betriebs, Typisierung der Produktion, bessere Standortwahl, Leistungskontrollen, optimale Betriebsgröße usw. zusammengefaßt. Einen Ausgangspunkt für derartige Berechnungen bilden die Indices der realen Gesamtkosten, einen anderen die Verwendung von Produktivitätsfunktionen. Schließlich wird auf die Input-Output-Analyse hingewiesen, mit der es u. a. gelingt, die Auswirkungen einzelner Produktivitätsänderungen auf das System der ineinander verflochtenen Produktionsprozesse zu bestimmen.

Das letzte Kapitel beschäftigt sich mit der Bedeutung der Produktivitätsanalyse für die Wirtschaftspolitik. Welche Ansätze zur Bewältigung der wirtschaftspolitischen Aufgabe, Steigerung des Realeinkommens pro Kopf der Bevölkerung, kann die Produktivitätsanalyse liefern? Zur Beantwortung werden sieben Determinanten, die die Steigerung der Produktion beeinflussen, bestimmt und deren Messung besprochen. Zum Schluß werden die Möglichkeiten wirtschaftspolitischer Einflußnahme angedeutet, die jeweils im Rahmen der gegebenen Wirtschaftsordnung stattfinden.

In einem Anhang wird als praktische Anwendung ein Produktionsvergleich in der europäischen Eisen- und Stahlindustrie durchgeführt.

Das Werk bringt einen umfassenden Überblick über das Produktivitätsdenken und behandelt ausführlich die verschiedenen Methoden der Produktivitätsmessung; besonderer Wert wird auf die Klarstellung der Abhängigkeit der Meßmethoden von der analytischen Fragestellung gelegt. Die Studie gewinnt in den letzten Kapiteln Anschluß an die neuere Forschung, wobei auch nicht veröffentlichtes Material des National Bureau of Economic Research verarbeitet werden konnte. Eine sehr große Zahl von Literaturhinweisen im Text und ein reichhaltiges Literaturverzeichnis erhöhen den Wert des Werkes.

Hans Birkner - Wiesbaden

Laßmann, Gert: *Die Produktionsfunktion und ihre Bedeutung für die betriebswirtschaftliche Kostentheorie*. Mit einer einführenden Analyse des Linear-Programming. (Beiträge zur betriebswirtschaftlichen Forschung, herausgegeben von E. Gutenberg, W. Haseknack, K. Hax und E. Schäfer, Band 6.) Köln und Opladen 1958. Westdeutscher Verlag. 206 S.

Dem Verf. geht es darum, durch eine eingehende Untersuchung festzustellen, wie sich das Mißverhältnis zwischen den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung über dieses grundlegende Problem der betriebswirtschaftlichen Kostentheorie und der nur relativ geringfügigen Anwendung in der Praxis erklärt. Deshalb untersucht er die bisherige Kostentheorie zu einem wesentlichen Teil unter dem Gesichtspunkt der Wirklichkeitsnähe ihrer Prämissen. Der Verf. arbeitet in guter Weise die Gründe heraus, die praktisch die Anwendung der Theorie bisher erschwerten. Er untersucht die Ansichten einer Vielzahl von Autoren und bemüht sich auch, nicht im Negativen stecken zu bleiben.

Ob ihm jedoch bei der Darstellung der verschiedenen Ansichten die richtige Gewichtung gelungen ist, muß allerdings bezweifelt werden. So erscheint es — gerade bei einem jüngeren Autor — bedenklich, daß er offenbar glaubt, die von der Mehrzahl der anderen (von Laßmann erwähnten) Autoren abweichende Ansicht F. Schmidts innerhalb eines Satzes — in einer Fußnote (!) — abtun zu können (vgl. S. 51, Fußnote 96). Dies ist um so bedauerlicher, als einerseits die Arbeit an der langjährigen Wirkungsstätte Schmidts entstanden ist und andererseits alle möglichen Autoren relativ ausführlich zu Worte kommen. F. Schmidt hat einen zu guten wissenschaftlichen Namen, als daß es sich ein Autor leisten könnte, seine Ansichten ohne etwas genauere Auseinandersetzungen — gewissermaßen mit einer Handbewegung — abzutun.

Bedauerlich ist auch, daß der Verf., soweit er mein Buch „Kosten und Kostenrechnung“ heranzieht, nicht die dritte Auflage (die ein Jahr vor Laßmanns Veröffentlichung erschienen ist), sondern die zweite verwendet hat. Hätte er sich mit Schmidt etwas näher auseinandergesetzt und hätte er die dritte Auflage meines Buches herangezogen, so wären ihm mindestens zwei Dinge aufgefallen, die ihm vielleicht zu einem anderen Ergebnis gebracht hätten:

1. daß es zur Zeit Schmidts und wohl auch noch zur Zeit des Erscheinens der zweiten Auflage meines Buches Autoren nicht nötig hatten, Dinge ausdrücklich zu erwähnen, die unter Wissenschaftlern selbstverständlich sind oder jedenfalls sein sollten, während dies offenbar heute notwendig ist, und was ich deshalb in der dritten Auflage getan habe;
2. daß die von Schmidt und mir vertretene Ansicht nicht — wie Laßmann irrtürlich annimmt — dazu führt, daß „eine Unterscheidung der verschiedenartigen Einflüsse auf die Kostenhöhe“ sehr erschwert, „wenn nicht gar unmöglich“ wird.

Vielmehr hätte er feststellen können, daß durch die Hereinnahme bestimmter Qualitäts- und Preisänderungen, die (wie sowohl eine deduktive als auch eine induktive Untersuchung zeigt) im Regelfall beschäftigungsbedingt sind, erst eine vollständige Erfassung der durch Beschäftigungsänderungen verursachten Kostenänderungen ermöglicht wird.

Es geht ja nicht darum, qualitative oder pretiale Änderungen jeder Art in die Untersuchung einzubeziehen (dies wäre in der Tat unwissenschaftlich), sondern nur um solche Änderungen, die durch Beschäftigungsschwankungen verursacht werden.

Die Hoffnung, daß Laßmann bei einem genaueren Studium der vorstehend genannten Literatur zu einem anderen Ergebnis gekommen wäre, läßt sich schon daraus herleiten, daß er an anderer Stelle (vgl. Fußnote 94 auf S. 50) ausführt, daß die Nichtberücksichtigung unregelmäßiger Preisänderungen (Überstundenzuschläge u. dgl.) und mehr „zufälliger“ Preissprünge ein Mangel sei, da diese, wie der Verf. meint, praktisch häufig bedeutsam seien. Er hätte dann sicherlich auch bemerkt, daß sie gar nicht so „zufällig“ sind.

Solche Mängel mindern natürlich den Wert der Arbeit erheblich. Etwas Doppeltes sei jedoch positiv hervorgehoben:

1. die kritische Betrachtung der meist allzu abstrakten Theorien, die gerade in den letzten Jahren häufiger geworden sind,
2. die betriebswirtschaftlich wertvolle Analyse des in den USA schon relativ weit verbreiteten Linear-Programming.

K o n r a d M e l l e r o w i c z - B e r l i n

H a x , K a r l : *Die Substanzerhaltung der Betriebe*. Köln und Opladen 1957. Westdeutscher Verlag.

Der Verf. hat sich das Ziel gesetzt, eine Rechnungsmethode zur Abwendung der Gefahren zu suchen, die den Betrieben aus dem Ausweis, der Ausschüttung und Versteuerung von Scheingewinnen entstehen, ohne die traditionelle Unternehmungsrechnung im Prinzip preisgeben und ohne aussichtslose Forderungen an den Handels- und Steuergesetzgeber stellen zu müssen.

Entsprechend diesem Ziel ist das Buch in drei Hauptteile gegliedert. Im Hauptteil (A) werden zunächst die Grundlagen und Grundformen der Unternehmungsrechnung dargelegt: I. „Die Betriebssubstanz als gesamtwirtschaftliches Problem“: II. „Die Er-

haltung der Betriebssubstanz als Aufgabe der Unternehmungspolitik und als Problem der Unternehmungsrechnung“; III. „Die Formen der Betriebserhaltung“; IV. „Die Formen der Kapitalerhaltung“; V. „Die Bedeutung von Bedarfswandlungen und technischem Fortschritt für die Gestaltung der Unternehmungsrechnung“.

Im Hauptteil (B) werden die Möglichkeiten und Grenzen der Substanzrechnung im Rahmen der traditionellen Unternehmungsrechnung untersucht, insbesondere die Methoden der Substanzrechnung beim Vorratsvermögen und ihre Wirksamkeit für die Substanzerhaltung. Hax kommt zu dem Ergebnis, daß die Methode des eisernen Bestandes nur in dem Ausnahmefall des Gleichbleibens der Bestände das Ziel der Substanzerhaltung zu erreichen vermag. Er entscheidet sich deshalb für die Substanzerhaltungsrücklage. In weiteren Abschnitten werden die Methoden der Substanzrechnung beim Sachanlage-Vermögen und beim Finanzvermögen und die Frage der Beziehungen zwischen Substanzerhaltung und Finanzierung untersucht. Im Rahmen der Behandlung der Substanzrechnung beim Sachanlage-Vermögen sieht sich der Verf. stärker als beim Umlaufvermögen gezwungen, eine Abweichung von der traditionellen Unternehmungsrechnung vorzuschlagen, um das Ziel der Substanzerhaltung zu erreichen.

Im dritten Hauptteil (C) wird die Bedeutung der Geldwertschwankungen für die Unternehmungsrechnung untersucht. Besondere Aufmerksamkeit wird der Verwendung von Preisindizes im Rechnungswesen gewidmet.

Der letzte Abschnitt (D) untersucht das Verhältnis der Forderung nach Substanzerhaltung zu der nach Gleichmäßigkeit der Besteuerung. Hax geht hier über den eigentlichen betriebswirtschaftlichen Rahmen hinaus und prüft, wie weit es dem Fiskus möglich sein müßte, die betriebswirtschaftliche Forderung nach Substanzerhaltung zu erfüllen, ohne den Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung zu verletzen, insbesondere ohne die Bezieher anderer Einkunftsarten zu benachteiligen.

Diese Überschreitung des engeren betriebswirtschaftlichen Rahmens erklärt sich daraus, daß es dem Verf. nicht nur um die Entwicklung der zweckmäßigsten Technik für die Ausscheidung von Scheingewinnen geht, sondern auch um die weitergehende Frage der Vermeidung ihrer Versteuerung. Das Schwergewicht der Untersuchung ruht allerdings auf der Ermittlung der zweckmäßigsten Rechentechnik.

Gegenüber der Vielzahl von Publikationen, die nach Schmidts Organischer Bilanzlehre zum Problem der Substanzerhaltung erschienen sind, zeichnet sich das Buch einmal durch die erschöpfende und streng systematische sowie durch zahlreiche Beispiele belebte Darstellung aus und zum anderen durch den Versuch einer gesamtwirtschaftlichen und steuerlichen Betrachtungsweise. Man kann das Buch von Hax als einen guten Versuch bezeichnen, die bisher herrschende dynamische Bilanzlehre durch die Aufnahme gewisser Elemente der organischen Bilanztheorie den wirtschaftlichen Erfordernissen an-

zupassen. Bedauerlich ist allerdings, daß Hax nicht ausführlich genug auf die Schwierigkeiten eingeht, die dem Betrieb rein rechentechnisch durch die Modifikation der traditionellen Unternehmungsrechnung — selbst bei Vorhandensein einer guten Lagerbuchführung — entstanden, wenn die Preise sich dauernd verändern und bei den einzelnen Materialarten im Laufe des Jahres eine Vielzahl von Zugängen erfolgt. Beides dürfte heutzutage Regelfall sein. Solange die Mehrzahl selbst der Großbetriebe ohne elektronische Rechengерäte arbeitet, bleibt diese praktische Schwierigkeit Zentralproblem — auch bei der Substanzerhaltungsrücklage. Die Schwierigkeiten sind naturgemäß noch größer, wenn es schwer ist, echte Tagespreise zu ermitteln, was bekanntlich bei vielen Materialien und vor allem Anlagen der Fall ist.

K o n r a d M e l l e r o w i c z - B e r l i n

A d a m, A d o l f: *Messen und Regeln in der Betriebswirtschaft*. Einführung in die informationswissenschaftlichen Grundzüge der industriellen Unternehmensforschung. Würzburg 1959. Physica-Verlag. 174 S.

Das Buch stellt einen Beitrag zur Informationswissenschaft dar, deren Grundgehalt dadurch charakterisiert ist, daß sie die Welt als ein „Gefüge von Sachverhalten“ sieht, in dem die Dinge durch bestimmte Eigenschaften und Beziehungen gekennzeichnet sind. Diesen Eigenschaften und Beziehungen werden Zeichen zugeordnet, indem der durch Eigenschaften bestimmte Begriffsinhalt der Dinge statt in Worten in den den jeweiligen Eigenschaften zugeordneten Zeichen ausgedrückt wird, d. h. unsere normale Wort-Sprache wird in eine symbolisierte und formalisierte Kunstsprache — der Verf. spricht von Kalkülsprache — transformiert. Bedeutungsvoll hierbei ist jedoch, und das herauszustellen ist mit das Hauptanliegen dieses Buches, daß ein Ding begrifflich nicht nur durch seine Eigenschaften hinreichend gekennzeichnet ist, sondern in starkem Maße durch seine Beziehungen zu anderen Dingen, d. h. durch seine Stellung in der Gesamtordnung der Dinge. Der Verf. versteht hierunter die „Ausprägung“ des Begriffs. Neben den Zeichen für das Bezeichnete müssen somit Zeichen für die Ausprägung vorhanden sein. Das Darstellen des „Gefüges von Sachverhalten“ — sprich Welt — durch die Zeichen einer Kalkülsprache erlaubt es nun, Nachrichten (Informationen) einer technischen Verarbeitung und Veredlung zugänglich zu machen, da die Zeichen dieser Kalkülsprache mathematisch-physikalisch-technischer Natur sind. Der Verf. führt aus, daß wir daher auch von „Informationsgütern“ sprechen können, die in „Informationsbeschaffungsbetrieben“ und „Informationsveredlungsbetrieben“ (z. B. Statistische Ämter und Betriebsrechenzentren) be- und verarbeitet werden, indem das anfallende Material an Nachrichten anhand von Schemata geordnet wird, durch die Zeichen in die Kalkülsprache übersetzt wird und dann mittels Modellen einer Untersuchung bestimmter Phänomene zugänglich gemacht wird, wobei die formalwissenschaftlichen Operationen sich lediglich mit der Struktur der Sachverhalte (Ausprägungs- und Zu-

ordnungseigenschaften) befassen, während die Bedeutung durch die Substanzwissenschaft geklärt werden muß. Die eigentliche technische Verarbeitung bzw. Veredlung des Materials erfolgt dann durch die mit Hilfe der Modelle entwickelten Programme, die einer Datenverarbeitungsmaschine eingegeben werden.

Diese in erster Linie grundlegenden Ausführungen bilden den Inhalt der ersten drei Kapitel. Hierbei offenbart sich dem Leser auch am stärksten das technische Schauen der Welt durch den Verf., was jedoch nicht nur dem Verf. eigentümlich ist, sondern allgemein heute mehr und mehr in der wissenschaftlichen Betrachtung zutage tritt und das in seiner letzten Konsequenz zu der philosophischen Frage führt, ob der Mensch die Technik beherrscht oder umgekehrt. Die folgenden Kapitel handeln über einige besondere Probleme und Methoden der Informationswissenschaft z. B. Nachrichten-Einsatz-Ausstoßanalysen; Betriebskybernetik (Anwendung von regelungstechnischen Verfahren auf die Betriebsplanung, das betriebliche Rechnungswesen); die Gewinnung und Veredlung digitaler Nachrichten durch Datenverarbeitungsmaschinen; die Konstruktion eines statistischen Filters lernender Art, dessen Zweck darin besteht, durch Ausschalten von Unregelmäßigkeiten und Ausnahmefällen bei immer wiederkehrenden Geschehnisverläufen zur Selbststabilisierung eines Prozesses zu führen; lineare Programmplanung; der Gebrauch von Regelungsnachrichten für einen Wertschöpfungsprozeß, um Störgrößen (z. B. Preisveränderungen) durch Regelung des Betriebsablaufs zu kompensieren. Das letzte Kapitel widmet der Verf. den Aufgaben und der Organisation einer Stabsstelle „Unternehmensforschung“ im Betrieb unter Beifügung von Beispielen. Die Stabsstelle ist ein Informationsgewinnungs- und -veredlungsbetrieb in der bereits oben besprochenen Art. Sie ist eine Nebenstelle innerhalb des Betriebes, deren Leitung, wie der Verf. vorschlägt, in den Händen von zwei gleichgestellten Abteilungsleitern liegen sollte, von denen der eine die formalwissenschaftlichen und der andere die fachlichen Belange vertritt, wobei jedoch zu beachten ist, daß beide auf dem jeweils speziellen Gebiet des anderen über hinreichende Kenntnisse verfügen sollten. Bei besonderen fachlichen Fragen können dann noch andere Spezialisten der betreffenden Gebiete herangezogen werden. Ferner sollten der Stabsstelle noch Statistiker sowie ein oder zwei Analytiker für die Entwicklung der Modelle zugeordnet werden. Ergänzt werden muß die Stabsstelle durch das technische Personal für die Bedienung und Wartung der Rechenanlagen. Die Fachleute müssen eine gründliche Ausbildung in höherer Mathematik, Statistik, Programmieren von programmgesteuerten Digitalrechenanlagen sowie Analogierechengeräten, Kybernetik und den Grundlehren sowie Praktiken der betreffenden Substanzwissenschaft erfahren haben. Der Sinn dieser Stabsstellen bzw. ihrer Arbeit überhaupt liegt darin, der unternehmerischen Entscheidung durch die Methoden ihres rationalen Messens und Regels der betrieblichen Geschehnisse eine exakt fundierte Grundlage zu geben

und die Unternehmungsleitung von den der Entscheidung vorgelagerten Arbeiten weitestgehend zu entlasten. Die eigentliche Funktion des Unternehmers — die „Durchsetzung neuer Kombinationen“ (Schumpeter), das Schöpferische und die Entscheidung hierüber — bleibt somit durch die Stabsstelle unangetastet und kann nicht durch sie ersetzt werden.

Fassen wir kurz zusammen, so können wir sagen, daß uns das Buch in anschaulicher Weise mit den Grundzügen der Informationswissenschaft und deren Anwendungsmöglichkeiten auf dem Gebiet der Unternehmensforschung vertraut macht. Kritisch wäre zu bemerken, daß der Verf. in noch etwas stärkerem Maße auf die den Gebieten der Psychologie, der Soziologie und der Wirtschaft innewohnenden Imponderabilien hätte eingehen können, um sie zu konfrontieren mit den modernen Methoden der Informationswissenschaft. So ergibt sich die Frage, ob denn die, nennen wir sie „Störgrößen“, bei der Planung und Regelung der sozialwirtschaftlichen Prozesse in der Tat derart ausgeschaltet oder zumindest vernachlässigt werden können, wie es notwendig ist, um exakte Lösungen der Probleme zu ermöglichen, oder ob sich nicht ihr Einfluß als stärker erweist und somit sich die auf Grund der Lösungen gefällten Entscheidungen als falsch erweisen. Mit anderen Worten, es erhebt sich die hintergründige Frage, ob das Leben nicht stärker ist als die Planung des Lebens.

Unseren Dank müssen wir dem Verf. noch aussprechen für den Anhang, der in ausführlicher Weise dem interessierten Leser vielfältige Literaturhinweise und Kommentare bietet. Abschließend sei vermerkt, daß das Buch besonderen Reiz für junge oder angehende Wirtschaftsingenieure haben dürfte. Dietmar Schiele - Berlin

Heilingbrunner, Otto: *Technik der Automatisierung*. Einführung, Überblick, Beispiele. München 1958. Verlag Moderne Industrie. 178 S.

Über die Methoden und die Techniken der Automatisierung gibt es, trotz der kurzen Lebensdauer dieses Wissensgebiets, bereits eine beachtliche Fülle an Literatur in Buchform und in Zeitschriftenaufsätzen. Allen Veröffentlichungen hat ein bestimmter Zweck zu Grunde gelegen: Sie wollten entweder wissenschaftlich-technisch oder wissenschaftlich-wirtschaftlich informieren, Erfahrungen bekanntgeben, Wege und Möglichkeiten darstellen oder aber in dieses so komplizierte oder auch nur durch die verwendeten Mittel so kompliziert erscheinende Gebiet allgemeinverständlich einführen. Den letzten Zweck hat auch Heilingbrunner seinen eigenen Worten nach dem vorliegenden Buch zu Grunde gelegt. Es kam ihm darauf an, einen „breiteren, aber technisch interessierten Kreis“ anzusprechen.

Als Ziel der Automatisierung sieht der Verfasser „die Verknüpfung, Koordinierung und Steuerung von industriellen Produktionsprozessen aller Art in der Weise, daß dabei alle Entscheidungen ... selbsttätig getroffen werden“. Die Automatisierung ist für ihn

„logische Folgerung einer vorausgegangenen Mechanisierung“, die die Produktionsmenge bei gleichbleibender Qualität erhöhen und die Fertigungskosten senken soll (S. 11).

Seine überwiegend technisch gehaltenen Ausführungen ergänzt Heilingbrunner durch kurzumrissene Anwendungsbeispiele (S. 49 ff.) und erreicht so eine gewisse Erweiterung und Abrundung zur wirtschaftlichen Sphäre. Im Kapitel „Automatisierung der Büroarbeit“ wird den superkurzen technischen Operationszeiten der Rechenanlagen (Rechenzeiten) die Zeitdauer für die allgemein erforderlichen organisatorischen Vorarbeiten, in Stufen aufgespalten, gegenübergestellt. Gleichzeitig werden die Vorteile des Einsatzes von Rechenanlagen genannt und die Möglichkeiten einer Automatisierung im Hinblick auf die Unternehmensgröße dargestellt.

Bei den folgenden Kapiteln (Werkzeugmaschinen, Regelungstechnik, Fertigungstechnik) zeigt der Verfasser an Hand von Beispielen die Anwendbarkeit von Rechenanlagen. Sie werden vielfach unmittelbar oder auch mittelbar zur Steuerung, Messung, Kontrolle, Konvertierung, Ausrechnung, Registrierung, Auswertung, Anweisung usw. verwendet und ergänzen die konventionellen Verfahren dieser Art durch elektronische Schnelligkeit und Genauigkeit oder ersetzen sie gar. Die Automatisierung hat damit in vielfältiger Form Eingang gefunden in die weitverzweigten Verfahren technischer Be- und Verarbeitung.

Wenngleich die vom Verfasser einleitend für den Schluß der Veröffentlichung versprochene Zusammenstellung der einschlägigen Zeitschriften- und Buchliteratur fehlt, kann das Buch, das nach einer gelegentlichen Tätigkeit des Verfassers am Battelle-Institut entstanden ist, insgesamt als eine gute Einführung in das Gebiet der Automatisierung und gleichzeitig als eine Anregung zu weiterem Studium bewertet werden.

F. W. W i c h m a n n - Lüneburg

Weddigen, Walter: *Grundzüge der Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege*. Stuttgart 1957. Gustav Fischer Verlag. VIII. 241 S.

Boettcher, Erik: *Sozialpolitik und Sozialreform*. Ein einführendes Lehr- und Handbuch der Sozialpolitik. (Veröffentlichung der Akademie für Gemeinwirtschaft Hamburg.) Tübingen 1957. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). X, 344 S.

Vor Lektüre dieser beiden Bücher dürfte es, um einen eigenen Standort zu gewinnen, nicht unfruchtbar sein, sich die bald nach der Rentenreform im Jahre 1957 weithin gefestigte Meinung vor Augen zu führen, daß die Beitragssätze zur Sozialversicherung nunmehr über dem Maximum liegen, das billigerweise zugemutet werden kann. Wirft man außerdem noch einen Blick einmal auf die bedenklich zusammengeschmolzenen Überschüsse der Rentenversicherung und das Defizit der Arbeitslosenversicherung, zum anderen auf die bevorstehende Reform der Unfall- und Krankenversicherung sowie auf den Strauß gewerkschaftlicher Postulate, so erscheint der Wahrheitsbeweis

nicht bloß für die Behauptung von G. Briefs (Sozialpolitik im Szenenwechsel, *Der Volkswirt*, 11. Jahrg., Nr. 38 vom 21. September 1957): „Staat und Gewerkschaften wetteifern, den Umfang und die Reichweite der Sozialpolitik ständig zu erweitern“, als vollauf gelungen, vielmehr auch für die von W. Bosch (*Die Sozialstruktur in West- und Mitteldeutschland*, Bonn 1958, S. 129), wonach der „in einem marktwirtschaftlich orientierten Land“ latente „Widerstreit zwischen Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik“ dazu verhilft, „daß die sozialpolitischen Forderungen immer über das hinausgehen, was im Augenblick“ erfüllbar sei. Und in Anbetracht des Zeitbildes kann F. A. Hayek nicht etwa vormärzliche liberalistische Gesinnung vorgehalten werden, wenn er in seinem Beitrag „Was ist und was heißt ‚sozial‘?“ zu der von A. Hunold herausgegebenen Schrift „Masse und Demokratie“ (Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1957, S. 72 f. und 77) Anklage gegen die moderne Maßlosigkeit in der Anwendung des vieldeutigen Begriffes „sozial“ erhebt, zumal durch den Brauch letztlich dieses „Kautschukwort“ seines eigentlichen Inhaltes entleert werde.

Des Menschen Dasein bis in den letzten Winkel „sozial“ ordnen zu wollen, hat freilich in Deutschland unverwüstliche Stützen in der nachgerade notorischen Gründlichkeit und dem ausgeprägten Hang zu grundsätzlichen Konzeptionen, also in Charaktereigenschaften, denen die Sozialpolitik als relativ junge Disziplin von vornherein attraktive Betätigungsmöglichkeiten verheißen mußte. „Die typische Empfänglichkeit des deutschen Geistes für theoretische Konstruktionen“ bewegt wahrscheinlich auch Weddigen in seinem Waldemar Mitscherlich zum 80. Geburtstag gewidmeten Buch, den Begriff Sozialpolitik sowohl im engeren als auch im weitesten Sinne zu definieren und sich insoweit von der Nachkriegskontroverse um die begriffliche Fassung (vgl. hierzu meine Besprechung von Gecks Schrift „Sozialpolitische Aufgaben“ in diesem Jahrbuch, 70. Jahrg., 1950, S. 504 f.) gewissermaßen stillschweigend zu distanzieren. Komplikationen, die an sich im nachfolgenden Verarbeiten des Stoffes manchmal wegen des gepflogenen Festhaltens an der bereits vor über 20 Jahren publizierten engeren Definition hätten hereinbrechen müssen, sind dennoch dadurch erst gar nicht aufgetreten, daß dem Buchtitel gemäß nach der sozialpolitischen Substantiierung, und dies eben mit Rücksicht auf das infolge der Kriegsschäden und des Zustromes von Flüchtlingen ungeheuer vermehrte Ineinanderspielen von Sozial- und Wohlfahrtspolitik, doch die Wohlfahrtspflege in rund einem Drittel der Gesamtdarstellung abgehandelt wird. Mag dieses schlechterdings rein formale Separieren, das jeweils durch historische Einführungen noch unterbaut ist, bei den Vertretern des allumfassenden Sozialaspektes vielleicht auch anecken, sie erleichtert mindestens einen zusammenhängenden Verfolg der „sogenannten Versorgung“ und damit der Probleme, die trotz ihrer im Grunde sachlich und zeitlich vorübergehenden Natur auf Jahre hinaus überragende Bedeutung haben. Indessen ruht darin, ganz zu schweigen von der guten Lesbarkeit, nicht der einzige Vorzug des Buches, ein anderer muß in dem Aufzeigen der

Entwicklung inter- und übernationaler Sozialpolitik gesehen werden und nicht weniger in den Beschreibungen, wie in einigen ausländischen Staaten die soziale Frage angepackt worden ist. Da die deutsche Sozialpolitik, wie eingangs angedeutet, noch diverse Neuerungen in petto hat, sei aber am nachdrücklichsten der Abschnitt über die „Produktivität der Sozialpolitik“ eingeschärft. Denn hier werden die Grenzen vermessen, die auch dem Bereich, selbst wenn man die zu leistenden Aufwendungen nicht als „Lasten“ wertet, gezogen sind. Wie das „Arbeitseinkommen“ nicht fortdauernd „einseitig“ aufwärts verlaufen sollte, ohne die volkswirtschaftliche Produktivität zu beachten, so gleichfalls die sonstigen Kosten sozialpolitischer Anforderungen. Der Verfasser erinnert bei der Gelegenheit an die Regel im englischen Unterhaus, derzufolge ein Antrag auf Ausgaben „zugleich auch die Art der Beschaffung der dazu nötigen Mittel vorschlagen muß“. Leider schließt das Buch mit dem Stand von 1956, eine Neuauflage in naher Zeit wäre dringend zu wünschen.

Boettcher führt hingegen mit dem unter seinen Auspizien entstandenen Buch bis zur Rentenreform heran. Die finanziellen Auswirkungen auf Versicherungsträger und auf die Höhe der Beiträge der Versicherungsnehmer konnten allerdings nicht mehr berücksichtigt werden. Immerhin findet sich in dem bekannten Plan von G. Mackenroth, und allein schon darum ist dessen Wiedergabe begrüßenswert, die einzig als Richtschnur überhaupt denkbare These, „daß aller Sozialaufwand immer aus dem Volkseinkommen der laufenden Periode gedeckt werden muß“. Ausgehend davon und von der oben gestreiften Rückläufigkeit der Rentenüberschüsse usw. müssen sich deshalb leise Zweifel regen, wenn der Herausgeber, der zwei Studien beige-steuert hat, die „klassische“ Sozialpolitik durch die bereits nicht minder zum Schlagwort verflachte Politik der sozialen Sicherheit ersetzen will, weil diese nach wirtschaftlicher Stabilität tendiere und sich nicht „primär“ nach den „fiskalischen Möglichkeiten“ richte. Erst jüngst wieder ist von G. Haberler (Die amerikanische Depression, Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung Nr. 53 vom 5. 7. 1958) „als sicher“ angenommen worden, daß J. M. Keynes, ebenso wie Lord Beveridge, der ja das Scheitern seines Vollbeschäftigungs- und Wohlfahrtsprogrammes „an der Inflationsklippe“ zugegeben habe, „viel früher als seine Schüler die Gefahren der chronischen Inflation erkannt hätte“. Die amerikanischen Gewerkschaften, die zu den in die Wirtschaft der USA eingebauten Stabilisatoren gerechnet werden, förderten auf jeden Fall mit den 1956 durchgesetzten Lohnansprüchen, darunter dem Indexlohn, abermals den Inflationstrend (vgl. meine Besprechung von Adolf Webers Schrift „Kapitalbildung und Lohnkämpfe“ in diesem Jahrbuch, 77. Jahrg., 1957, S. 375). Gewiß war ein Heraufsetzen der westdeutschen Renten im Hinblick auf die Verteuerung der Lebenshaltung zwingendes Gebot; ihre „Dynamisierung“ unter Bindung „an das wachsende Niveau der Reallöhne“ vermag jedoch kaum der wirtschaftlichen und monetären Stabilisierung zu

dienen, nachdem nur stetiges Ansteigen offenbar selbstverständliche Voraussetzung ist, die bewegliche Rente mithin wie der Indexlohn nichts anderes als eine präventive Maßnahme gegen schleichende Inflation. Es wird auch kein Wort darüber verloren, ob bei einer allgemeinen Preissenkung die jährlich zu normierende Bemessungsgrundlage in ungefähr derselben Proportion zu reagieren habe; erfahrungsgemäß erweist sich die Lohnhöhe in der Umkehr meist als recht zählebig. Daß von der „automatischen“ Anpassung der Renten, so heben P. Quante und H. Jecht in ihren Aufsätzen hervor, Abstand genommen wurde mit Ausnahme bei der „Erstfestsetzung“ — ein Zugeständnis, das freilich nach den Ausführungen von E. Arndt ebenso sonst eingeräumt werden müsse —, bedeutet höchstens einen Unterschied dem Grade nach, keinen im Prinzip. Die Mobilität der Leistung erhebt die Aufbringung der erforderlichen Gelder unzweifelhaft mehr denn je zu einem zentralen Komplex. Andererseits ist Maßhalten gerade in der Sozialpolitik sehr unpopulär. So hat bekanntlich die republikanische Regierung der USA „bei aller Skepsis gegen den veränderten Wirtschaftsstil an den wohlfahrtspolitischen Institutionen nicht zu rütteln“ gewagt (aus meiner Besprechung der bereits zitierten Schrift „Masse und Demokratie“, Neue Politische Literatur, 2. Jahrg., 1957, Sp. 635). Und im englischen Gesundheitsdienst wurde lt. der anlässlich des zehnjährigen Bestehens erschienenen Presseberichte die schon 1950 durch die Labourregierung selbst beschnittene Kostenfreiheit von den Konservativen lediglich zu dem Zweck noch etwas eingengt, um größte Mißbräuche in der Inanspruchnahme zu verhüten. Die Kranken tragen heute tatsächlich direkt 5 vH des gesamten Gesundheitsbudgets. Durch Selbstbeteiligung wollte man demnach in Großbritannien einer skrupellosen Ausnützung der Unentgeltlichkeit begegnen, in Westdeutschland ist indessen das Installieren der Methode, obgleich sich die Ärzteschaft — über die Beziehungen des Arztes zum Patienten, die den englischen Verhältnissen anscheinend ähnlich sind, und über die zur Krankenversicherung verbreiten sich H. Dunkelmann und A. Grünwald — nicht mehr widersetzt, ein wunder Punkt in der Debatte um die Krankenversicherung. Doch selbst wenn die dem Lohnfortzahlungsgesetz zugeschriebenen Einflüsse auf den Krankenstand wirklich Zufallerscheinungen gewesen wären — die englischen Erfahrungen sprechen zwar in gewisser Hinsicht dagegen —, der Befund bleibt ohnehin übrig, daß die Solidarität der Sozialversicherten — die Begriffe Solidarität und Subsidiarität erläutert O. von Nell-Breuning — an Überforderung zu zerbröckeln beginnt.

Rückhaltlos kann aber der Auffassung von Boettcher beigeppflichtet werden, der Sozialpolitik gebreche es auch nach der Rentenreform noch immer an einer einheitlichen Linie. Die aus dem Motiv von ihm und B. Molitor hergeleitete Proposition, vom Kausal- zum Finalprinzip überzugehen, ist zwar reizvoll, scheint allerdings angesichts der Unmenge gesetzlicher Bestimmungen zunächst technisch undurchführ-

bar und zweitrangig zu sein. Abbremsen der Gesetzesmühle wäre wohl entschieden vordringlicher und dann Befolgen der Anregung von Mackenroth, sämtliche Vorschriften wie früher „von langer Hand vorzubereiten“. Oberste Bedingung bei solcher Aktion müßte natürlich eine systematische Koordination alter und neuer Paragraphen sein. Welches Prinzip dabei schließlich obsiegt, die interpretierende Bürokratie wird ihres Amtes walten und der Mißbrauch seitens Versicherter fortzuwuchern versuchen. Mit der Ankündigung sei zum Abschluß auf die letzte Schranke hingewiesen, die das praktische Leben unüberwindlich vor der Sozialpolitik aufbaut. Nicht Kritik, sondern einzig die Absicht, Ideallösungen mit den volkswirtschaftlichen Realitäten zu konfrontieren, liegt auch den anderen Anmerkungen zugrunde. Für das Zustandekommen des Buches verdient der Herausgeber unbedingt Dank. Ebensowenig ist es als Werturteil zu betrachten, daß die übrigen Referate, die von Bolte, Liefmann-Keil, Schreiber und Sund stammen, bloß mit Nennung der Verfassernamen bedacht werden können. Alle, die mit den Reformbestrebungen zu tun haben, sollten sich mit dem reich befrachteten Inhalt des Buches vertraut machen, doch gleichzeitig Gedanken über die Finanzierungsquellen anstellen, nachdem die Dynamik den noch anzupassenden Sozialleistungen schwerlich versagt werden kann.

Arthur Dissinger - Ravensburg

Sozialplan für Deutschland. Auf Anregung des Vorstandes der SPD, vorgelegt von Walter Auerbach, Bruno Gleitze, Erwin Jahn, Ludwig Preller, Ernst Schellenberg u. a. Berlin und Hannover, Verlag Nfl. J. H. W. Dietz GmbH. 203 S.

Es ist heute noch eine undankbare Aufgabe, in breiten Schichten des deutschen Volkes Verständnis für einen Volkswirtschaftsplan, ein nationales Budget oder gar für einen Sozialplan zu wecken. Man wollte und will wenig von einer zentralen Planung wissen, noch in Gedanken an die behördliche Bewirtschaftung von Rohstoffen, von Industrieerzeugnissen, von Nahrungsmitteln, noch in Erinnerung an die Rationierung und Kontingentierung der notwendigsten Dinge. Die neoliberale Propaganda hat die Abneigung gegen alle Formen staatlicher Planung noch verstärkt. Niemand kann jedoch im Ernst bezweifeln, daß das komplizierte Leben im Zeitalter fortschreitender Industrialisierung und sich weiter entwickelnder Differenzierung und Spezialisierung ohne eine zentrale Planung und Koordination der Verwaltungsaufgaben nicht gesichert und geschützt werden kann. So verdient denn die mutige Inangriffnahme der Aufstellung eines Sozialplanes für Deutschland mit den entsprechenden Vorschlägen zu seiner Durchführung hohe Anerkennung.

Die Verfasser sind von der These ausgegangen, daß Deutschland ein sozialer Rechtsstaat werden soll. Wir kennen die Antinomie zwischen Rechts- und Sozialordnung. Wenn der Rechtsstaat gleiches Recht für alle statuieren will, fordert der Sozialstaat unterschiedliches Recht,

d. h. mehr Rechte, genauer: wirtschaftliche Sicherheiten für die bisher und allzulange Benachteiligten. „Die Gesellschaft hat die Grundchance eines Lebens in Gesundheit, Leistungsfähigkeit und Menschenwürde zu sichern. Damit erst erhält der einzelne die Möglichkeit, ein Leben in eigener Verantwortung für sich und die Seinen zu gestalten.“ Das ist richtig und muß liberalen Politikern sehr deutlich gesagt werden! Selbstverständlich ist der Einzelne verpflichtet, sich selbst zu helfen, selbstverantwortlich tätig zu sein und für die Zukunft vorzusorgen. Ebenso richtig ist aber auch dies: „Selbstvorsorge ist in unserer gegenwärtigen Gesellschaft nur möglich, soweit die gesellschaftlichen Verhältnisse den einzelnen die Voraussetzungen zur Entfaltung und Selbstbehauptung in der Gesellschaft geben.“ Bei den Maßnahmen zur sozialen Sicherung wird man freilich die Frage des rechten Maßes immer wieder zu stellen haben. „Da aller Sozialaufwand von den aktiv Tätigen erarbeitet wird, würden unvertretbare überhöhte Sozialleistungen zu unzumutbaren hohen Steuern und Sozialbeiträgen führen . . . Die notwendige Höhe sozialer Geldleistungen hängt entscheidend von der Höhe der Arbeitsverdienste und vom Umfang der Arbeitern und Angestellten durch die Verdienste möglichen Eigentumsbildung ab.“

Da nun die sozialen Leistungen verschiedener Leistungszweige teils von einander abhängig sind, teils einander ergänzen, ist ihr Zusammenhang eine primäre Gestaltungsaufgabe. Die Gestaltung erfolgt nach einem sozialen Gesamtplan. „Das Ergebnis muß ein nahtloses Gefüge klarer Leistungsansprüche und voller Leistungsmöglichkeiten sein.“

Jahrelange Vorarbeiten der „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Ärzte“ haben ihren Niederschlag in präzise formulierten Vorschlägen zur „Gesundheitssicherung“ erhalten. Am Anfang der hierfür notwendigen Maßnahmen und Einrichtungen stehen Aufklärung und Erziehung — „eine in Deutschland bedenklich vernachlässigte Aufgabe“. Ernährungsweise, Sport und Spiel, körperliche Betätigung in der Freizeit gehören zu der in Deutschland bisher noch wenig bekannten „Gesundheitsvorsorge“. Eine Fülle von Anregungen, die sich auf die Zusammenarbeit der Ärzte untereinander beziehen, der Ärzte und der Krankenkassen, die ärztliche Verantwortung, die Arzneimittelbehandlung, den Arzneimittelmißbrauch, die Zusammenarbeit von Fachkräften verschiedener Sparten in einer gesetzlich zu begründenden „Sozialgemeinde“ u. a., kennzeichnen diesen wichtigen Abschnitt.

Wenn heute jedermann zur Leistung für die Gesamtheit verpflichtet ist, müssen dieser Verpflichtung ausreichende Möglichkeiten für die Erwerbsarbeit entsprechen. Eine volle und lohnende Beschäftigung — wir sagen besser nicht Vollbeschäftigung — ist daher ein notwendiges und heute durchaus realisierbares Planziel. Einbegriffen ist die staatliche Sorge für die notwendigen Einrichtungen zur Berufsausbildung, zur Arbeitsvermittlung und Berufsberatung. Die Kosten für Berufsberatung und Arbeitsvermittlung müssen aus

Steuermitteln finanziert werden, da diese Einrichtungen jedem Staatsbürger zur Verfügung stehen.

Was soll bei Alter und Erwerbsunfähigkeit geschehen? Das Recht auf einen sorgenfreien Lebensabend des arbeitenden Menschen ist heute noch nicht zu einem in der Gesetzgebung verankerten Prinzip geworden. Früher war die Familie der Rückhalt der Alten. Heute ist auch diese Sicherung zu einer Sache des ganzen Volkes bzw. des Staates geworden. Auch das Rentengesetz von 1957 hat diese Aufgabe noch nicht gelöst. Ein besonderes Problem des Industriealters ist die vorzeitige Erwerbsunfähigkeit. Würde die Gesundheits-sicherung in dem behandelten Sinne durchgeführt werden, würde es zweifellos seltener zu vorzeitiger Leistungs-minderung oder sogar Erwerbsunfähigkeit kommen.

Die Familie nimmt im Rahmen der sozialen Sicherung eine Sonderstellung ein und findet daher auch im Sozialplan ihre besondere Berücksichtigung. Man denkt hier nicht nur an die Erhöhung des Familieneinkommens, sondern auch an die mit der Erwerbsarbeit verheirateter Frauen und mit dem Wohnungswesen zusammenhängenden Probleme. Anschließend werden öffentliche Fürsorge und die Jugendwohlfahrt in ihrem Zusammenhang mit den übrigen Fragen der sozialen Sicherung diskutiert.

Schließlich haben auch die volkswirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Probleme des Sozialplanes eine sorgfältige Untersuchung erfahren. Am Modell eines sozialen Mehrjahreshaushaltes wird gezeigt, welche Entwicklung die Ausgaben für Gesundheitsvorsorge, Krankheitsvorbeugung, Krankheitsheilung, Berufssicherung usw. bis zum Jahre 1978 nehmen. Der Verfasser dieses Abschnittes kommt zu dem Schluß, daß gerade durch die erhöhte Sicherung von Gesundheit und Leistungsfähigkeit finanziellen Überforderungen vorgebeugt wird und die Voraussetzungen für eine zusätzliche Eigenvorsorge geschaffen werden. Allgemein interessieren dürften auch die Ausführungen über ein System der „Lohnwertrente“, durch das die Renten in ein festes Verhältnis zu den Arbeitsverdiensten, genauer zum Lebensstandard der Arbeitnehmer gesetzt werden. Ganz richtig wird betont, daß solch eine Indexrente einer Anpassung an die (nicht bestimmt fixierbare) Produktivität oder an die Preise oder einer Renten-anpassung durch Gesetz (wie in den Rentengesetzen vorgesehen) aus volkswirtschaftlichen Erwägungen vorzuziehen ist.

Die Bundesregierung hat zu lange gezögert, zielklare, umfassende soziale Reformen, wie sie immer wieder in Aussicht gestellt worden sind, energisch in Angriff zu nehmen und durchzuführen. Die großen, unbestreitbaren Erfolge der Marktwirtschaftspolitik verdecken nicht die Mängel im sozialen Bereich, in der Sozialstruktur der deutschen Volkswirtschaft. Der von einem Arbeitskreis sozialdemokratischer Politiker vorgelegte Sozialplan für Deutschland ist daher ein wirklich begrüßenswertes Unternehmen. Begrüßenswert auch im Hinblick auf die kommende Wiedervereinigung Deutschlands.

Herbert Schack - Berlin